



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

22.10.2009

Liebe Leserinnen und Leser,

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Die Arbeit geht weiter...

Die Bundestagswahlen liegen nun drei Wochen zurück - mit großen Auswirkungen auf die Europäische Union! Gemeinsam haben wir nun die Kraft etwas in Deutschland und Europa zu bewegen, zusammen mit den Kollegen der baden-württembergischen CDU im Deutschen Bundestag. Wir warten auf die Benennung eines deutschen Kommissars von der CDU. Die bisherige Kommission ist nur noch bis Ende Oktober im Amt. Das Europäische Parlament wird die 26 Kommissarskandidatinnen und -kandidaten schnell anhören. Problem: Die fehlende Unterschrift des tschechischen Ministerpräsidenten unter den Vertrag von Lissabon. Ende Oktober will das tschechische Verfassungsgericht sein Urteil abgeben, ob der Vertrag von Lissabon mit der tschechischen Verfassung vereinbar ist - woran es nicht wirklich Zweifel gibt, da diese Frage bereits mehrmals geprüft wurde. Diese Unterschrift - die letzte, die noch fehlt - wird dringend gebraucht, weil der Vertrag von Lissabon eine bedeutende Neuerung im Kommissarskollegium möglich macht, den europäischen Außenminister. Er ist

gleichzeitig Vizepräsident der EU-Kommission. Wir befinden uns in entscheidenden Tagen für die Zukunft der EU. Am 29. und 30. Oktober treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EU zu ihrem turnusgemäßen Gipfel. Wir erwarten davon Fortschritte in Tschechien und einen genauen Zeitplan für die Neubenennung der EU-Kommission.

Brüssel hilft Milchbauern mit 280 Mio. Euro

Die europäischen Milchbauern können sich auf weitere Millionenhilfen der Europäischen Union einstellen. Auf Wunsch Deutschlands und einiger anderer Länder wurden weitere Hilfen für die Milchbauern ermöglicht. Immer noch weigert sich die EU-Kommission, den Milchfonds zu unterstützen, den das Europäische Parlament schaffen möchte mit dem Ziel einer mehrjährigen Unterstützung der Milchbauern. Die Kommission nimmt zwar das Geld für den Milchfonds, das das Parlament zur Verfügung stellt, schafft aber kein neues Recht, sondern gibt es mit den bereits vorhandenen Programmen für Milchbauern aus. Das ist dem Parlament zu wenig, weil wir an einer längerfristigen, mehrjährigen Hilfe interessiert sind und die

Strukturen der Milchwirtschaft beeinflussen wollen. Dies wäre aber nur mit einer neuen Rechtsgrundlage für einen wirklichen Milchfonds möglich. Die deutschen Bauern können mit rund 50 Mio. Euro zusätzlich rechnen.

Sozialisten und Liberale gegen Haushaltskontrolle

Der Milchfonds, eine verstärkte Energiesicherheit und der gezielte Ausbau von Energiequellen und Transportrouten stehen neben Maßnahmen zum Schutz der EU-Außengrenzen, dem Zivilschutz und dem Kampf gegen Terrorismus im Mittelpunkt des Haushalts 2010. Er wurde in dieser Woche vom Parlament in erster Lesung verabschiedet. Eine breite Koalition aus Sozialisten, Liberalen und Grünen verhinderte im Europäischen Parlament effiziente Maßnahmen zur Kontrolle des Haushalts der EU-Kommission. So wurden 137 Mrd. Euro an Verpflichtungsermächtigungen und 120 Mrd Euro Zahlungen ohne zusätzliche Auflagen und Steuerung durch das Parlament beschlossen. Gegen die Stimmen der EVP muss die Kommission jetzt dem Parlament keinen Bericht vorlegen, um die Tätigkeitsbereiche von 70%

Seite 1

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

22.10.2009

ihres Personals darzulegen. 30% hat das Parlament bereits untersuchen lassen. Auch die Forderung nach mehr Einblick und Kontrolle der Gebäudebeschaffung in Brüssel wurde abgelehnt, obwohl die EU-Kommission mehr als 250.000 qm neue Büros beschaffen will. Die Vereinheitlichung der Computersysteme der EU-Kommission und damit erhöhte Effizienzgewinne wurde ebenfalls abgelehnt. Sie wollen die Kommission auch nicht dazu zwingen, ihre halbjährlichen und sehr intransparenten sog. Fortschrittsberichte über den Aufbau der Justiz und der staatlichen Verwaltung sowie die Korruption in den Ländern des Balkan mit einer rot-gelb-grünen Ampel auszustatten, um wirkliche Fortschritte ermessen zu können. "Sozialisten, Liberale und Grüne verhindern eine effiziente Haushaltskontrolle und Betrugsbekämpfung", so die EVP-Sprecherin im Haushaltskontrollausschuss, Inge Gräßle. "Rot-Gelb-Grün unterstützt keine Maßnahmen, mit denen sich das Parlament einen besseren Einblick verschaffen und steuern könnte. Das macht den Haushaltskontrolleuren das Leben sehr schwer und die Steuerzahler haben das Nachsehen", so Gräßle.

EU will Hochseefischer stärker überwachen

Die EU kann ihre Fischfangquoten kaum kontrollieren. Deshalb sollen künftig bei bedrohten Fischarten, wie Kabeljau, Dorsch und Roter Thunfisch, auch die Fänge von Hobby-Anglern auf hoher See genauer überwacht werden. Deutschland verhinderte die Einführung von Höchstfangquoten für Sportfischer. Angler im Binnenland sind nicht betroffen.

Europäische Position für die weltweite Klimakonferenz

Ab dem 7. Dezember kommen die Vertreter von 192 Staaten der Welt in Kopenhagen zu einer Konferenz über Maßnahmen gegen den Klimawandel zusammen. Dort soll ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Abkommen geschlossen werden, das 2012 ausläuft. Mit welcher Position soll die Europäische Union in Kopenhagen auftreten? Die EU war immer schon die Vorreiterin im Kampf gegen den Klimawandel. Sie hat sich die bislang ehrgeizigsten Ziele gesetzt: Sie bietet an, ihre CO2-Emissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 30% zu senken, wenn die anderen Industriestaaten sich auf gleiche Werte einlassen. Alleingänge

und überhöhte Ziele im Kampf gegen den Klimawandel helfen dem Klima nicht, schaden aber dem europäischen Industriestandort durch Kostenbelastungen. Wenn nur in Europa strengere Umweltstandards gelten und die Industrie ins außereuropäische Ausland abwandert, wäre weder dem Klima, noch der europäischen Wirtschaft geholfen.

5,6 Mio Euro für entlassene Nokia Mitarbeiter

Das Europäische Parlament stellt für die entlassenen Mitarbeiter des Nokia-Werks in Bochum EU-Gelder für Umschulungs- u. Weiterbildungsmaßnahmen in Höhe von 5,6 Millionen Euro bereit. Im Februar 2008 war das Werk des Handyherstellers geschlossen und ein Teil der Arbeitsplätze nach Rumänien verlagert worden.

Besuch aus der Heimat im Europaparlament Straßburg

Rund 170 Besucherinnen und Besucher konnte ich in dieser Plenarwoche in Straßburg begrüßen: Den CDU-Kreisverband Schwäbisch Hall, Schüler des Gymnasiums Friedrich II aus Lorch und den Lions-Club aus Heidenheim mit elsässischem Partnerclub.

Seite 2

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu